

Juni 2025

Länderbericht

Regionalprogramm Sicherheitspolitischer Dialog Westafrika



America Engaged or America First?

Die US-Strategie in Westafrika unter Trump

Dr. Tobias Rüttershoff und Ulf Laessing

Nach der erzwungenen Räumung der Drohnenbasis in Niger richten die USA ihre Sicherheitsstrategie in Westafrika neu aus. Washington will nun Partnerschaften mit Küstenländern wie Benin verstärken. Doch mit dem Amtsantritt von Donald Trump beginnt eine Phase der Unsicherheit – droht ein Komplett-Rückzug? Profitieren würden Russland, China und die Türkei.

Der Rückzug westlicher Truppen aus Niger und Mali und anderen Sahelstaaten bis Ende 2024 hat die Sicherheitsarchitektur Westafrikas erheblich verändert. Ohne die Unterstützung westlicher Kräfte verschlechtern sich die Fähigkeiten der lokalen Armeen, insbesondere in den von Dschihadisten heimgesuchten Grenzgebieten. So nutzen islamistische Gruppen wie der „Islamische Staat im Großen Sahara-Gebiet“ (ISGS) oder Al-Qaida-Ableger wie Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) die mangelnde Präsenz westlicher Aufklärungs- und Luftunterstützung, um ihre Operationsfreiheit zu vergrößern. US-Analysten weisen darauf hin, dass der Mangel an Echtzeit-Aufklärung die Verfolgung und Eindämmung dieser Terrorgruppen erschwert – Boko Haram und die Ableger von IS und Al-Qaida im Maghreb, Burkina Faso oder Benin konnten die Lücke nutzen und häufigere, tödlichere Angriffe starten. Die nationalen Streitkräfte sind nun im Kampf gegen den Terror weitgehend auf sich allein gestellt zu einer Zeit, wo die Dschihadisten versuchen, sich auf die Länder am Golf von Guinea auszubreiten.

Parallel zum Rückzug der westlichen Unterstützung ist eine neue Allianz entstanden. Mali, Niger und Burkina Faso – alle vom Militär regiert – haben 2023 mithilfe Russlands die „Alliance des États du Sahel“ (AES) geschlossen, die eine gegenseitige Beistandspflicht im Falle externer Bedrohungen vorsieht. Dieses Bündnis ist ausdrücklich als regionale Alternative zu westlichen Partnerschaften gedacht. In der Praxis bedeutet dies verstärkte Öffnung gegenüber

Russland: der zum Verteidigungsministerium gehörende Afrika Korps (Nachfolger der hybriden Wagner-Gruppe) ist in den drei Ländern präsent. Die Sicherheitsarchitektur Westafrikas muss sich somit neu erfinden: Lokale Kooperationen gewinnen an Bedeutung, doch ohne externe Stütze sind ihre Mittel ist der Kampf gegen den Terror nicht zu gewinnen.

Neuausrichtung der USA

Die USA vollziehen eine Neuausrichtung ihrer militär- und sicherheitspolitischen Rolle in Westafrika. Nachdem die bisherigen Partner im Sahel wegbrachen, setzt Washington auf Allianzen mit Staaten in der Küstenregion des Golfs von Guinea, vor allem Benin. Das Land hat eine gewählte Regierung und ist stabil, ist allerdings massiv von dschihadistischer Gewalt aus dem Sahel bedroht. Im Norden Benins haben Gruppen, die mit Al-Qaida (JNIM) und dem Islamischen Staat (ISWAP) verbunden sind, vermehrt Anschläge und Übergriffe verübt. Zuletzt wurden am 17. April 2025 54 beninische Soldaten bei einem JNIM-Angriff auf ihre Stellungen im Norden des Landes an der Grenze zu Burkina Faso getötet.

Die USA planen derweil, Benin als neuen Stützpunkt für Aufklärungsmissionen zu nutzen. So wurde begonnen, einen Luftwaffenstützpunkt in Benin auszubauen, um von dort aus vermutlich Aufklärungsdrohnen über die westafrikanische Region einsetzen zu können. Das US-Afrikkommando AFRICOM bestätigte, dass die Modernisierung eines Flugfelds in Benin begonnen wurde, teils sogar „schon vor dem

Putsch im Niger“ (Juli/August 2023). Zudem sind offenbar US-Spezialkräfte als Berater in Benin aktiv, die die beninische Armee im Kampf gegen Terrorgruppen schulen und begleiten. Über 700 beninische Soldaten haben in der letzten Zeit US-Training in Grenzsicherungstaktiken erhalten. Seit Anfang 2025 gab es mehrere Besuche von hochrangigen US-Delegationen in Benin, bei denen auch Kooperationsverträge unterzeichnet wurden. Die Details sind allerdings unklar.

Strategisch platziert an der Schnittstelle zwischen der Sahel-Region und dem Golf von Guinea, könnte Benin zu dem werden, was Niger einst war: ein Vorposten für westliche Anti-Terror-Operationen. Allerdings wird darauf geachtet, Benins Souveränität zu respektieren – US-Truppen sind eingebettet in beninische Basen, um keinen innenpolitischen Widerstand zu provozieren.

Strategische Ziele Washingtons

Mit Blick auf diese Entwicklungen im Benin, lassen sich die Ziele Washingtons wie folgt zusammenfassen:

1. Schwerpunktverlagerung und Risikoabschätzung

Nach zwei Jahrzehnten intensiver Anti-Terror-Missionen in Afrika ist in Washington eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Regionen wie der Sahel haben sich trotz massivem Einsatz von französischen Truppen und UN-Blauhelmen nicht stabilisieren lassen, stattdessen gerieten Partner durch Putsche aus dem Ruder. Die USA ziehen daraus den Schluss, ihre Militärpräsenz gezielter einzusetzen. Anstatt große Kontingente in politisch volatilen Ländern zu stationieren – mit dem Risiko, bei einem Regimewechsel plötzlich in Feindeslage zu sein – setzt man auf “Light Footprint”: kleine, mobile Teams, die von sicheren Nachbarländern aus operieren. Washington möchte vermeiden, in einen direkten Konflikt mit den neuen Machthabern (die teilweise offen mit Russland sympathisieren) hineingezogen zu werden. Gleichzeitig spart ein geringerer Fußabdruck Ressourcen, die anderweitig benötigt werden – der globale Fokus der USA verschiebt

sich in Richtung Wettbewerb mit China im Indopazifik.

2. Partner First – “Partnergeführte Einsätze”

Ein erklärtes Ziel der USA ist es, lokale Partner in den Vordergrund zu rücken. Bereits seit einigen Jahren propagiert Washington, dass afrikanische Staaten selbst die Führung in Sicherheitsangelegenheiten übernehmen sollen, während die USA beraten. Statt eigener Kampftruppen sollen Trainingsmissionen, Geheimdienstunterstützung und Ausrüstungshilfe den Kern der Beratungsleistungen bilden. Die USA stellen also Know-how, Technologie (Drohnen, Aufklärung) und Spezialkräfte als Trainer bereit, während Armeen wie die in Benin, Côte d'Ivoire oder Nigeria die eigentlichen Bodenoperationen vornehmen. Indem lokale Kräfte gestärkt werden, hofft man, langfristig weniger direkte US-Intervention zu benötigen. Washington verfolgt zudem das strategische Ziel, regionale Allianzen wie die Accra-Initiative zu fördern.

3. Selektion verlässlicher Partner und Eindämmung russischen Einflusses

Die USA wollen mit ihrem Engagement die gewählten Regierungen stärken, um einen Gegenpol gegen autoritäre und pro-russische Tendenzen zu bilden. Ein Ziel Washingtons ist somit, eine Kette stabiler Staaten südlich der Sahelzone zu formen, die auch mit dem Westen kooperieren – von Senegal bis Nigeria im Golf von Guinea. Neben der Bekämpfung der Ausbreitung des Terrorismus auf die Küstenstaaten soll strategisch so auch Russlands Einfluss mit seiner militärischen Kooperation und Desinformation in den sozialen Medien in Afrika gebremst werden.

4. Konzentration auf Aufklärung und Anti-Terror-Fähigkeiten trotz Abzug

Ein weiteres Ziel ist, die Aufklärungsfähigkeit in Westafrika aufrechtzuerhalten, selbst wenn Bodentruppen abgezogen werden. Die USA investieren in Drohnentechnologie und mobile Überwachung. Der Gedanke dahinter: Auch mit geringer Präsenz vor Ort können die USA via High-Tech die terroristischen Aktivitäten

beobachten und notfalls gezielte Schläge (z.B. per Drohne) wie in Somalia ausführen. Das Upgrade der Drohnenbasis in Benin oder die geplante Stationierung von Überwachungsflugzeugen in Côte d'Ivoire dient diesem Zweck. Langfristig arbeitet das US-Militär an Drohnen mit sehr großer Reichweite und Ausdauer (teils solarbetrieben), um auch ohne lokale Basen den Luftraum über dem Sahel und Nordafrika, insbesondere Libyen, abdecken zu können. Washingtons strategisches Ziel ist es also, trotz Rückzug die "Augen und Ohren" in der Region zu behalten und befreundete Staaten in der Aufklärung gegen Terrorgruppen zu unterstützen.

Reaktion anderer Akteure

Frankreich: Das Ende von Franceafrique die und Suche nach neuem Ansatz

Für Frankreich bedeutet der Rückzug der USA aus Niger eine Verstärkung einer ohnehin für Paris negativen Entwicklung, die Anfang 2025 ihren Höhepunkt fand: Der weitgehende militärische Rückzug aus Westafrika – eine dramatische Zäsur in der französischen Afrikapolitik. Nachdem Paris bereits seine Militäroperationen in Mali, Niger und Burkina Faso beendet hatte, folgte nun auch der Abzug aus der Elfenbeinküste, dem Senegal und dem Tschad. Diese Entwicklung unterstreicht einen militärpolitischen Rückgang des französischen Einflusses, insbesondere angesichts der wachsenden Präsenz Russlands, Chinas und der Türkei.

Frankreichs Abzug aus diesen Ländern erfolgte in einem Umfeld zunehmenden innenpolitischen Drucks und anti-französischer Proteste. Mali, Burkina Faso und Niger hatten Paris bereits zur Beendigung seiner Einsätze gezwungen, und nun folgten Entscheidungen in Dakar, Abidjan und N'Djamena, die ebenfalls eine französische Truppenpräsenz nicht mehr wollten. Besonders der Verlust des Stützpunkts im Tschad ist für Paris gravierend, da N'Djamena lange als zentrale Basis für Operationen in der Region diente.

Paris setzt nun verstärkt auf die Unterstützung der Accra-Initiative, eine Allianz der

Küstenstaaten, die von der EU finanziell und logistisch gefördert wird. Auch Militärberaterteams sollen in einigen stabileren Ländern, etwa in Benin und Ghana, auf Wunsch der jeweiligen Regierungen zur Terrorabwehr beitragen. Präsident Macron betont nun verstärkt ein Engagement, das sich weniger auf militärische Präsenz stützt, sondern auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe und diplomatische Partnerschaften.

Russland: Expansion im Schatten des Machtvakuum

Russland reagiert opportunistisch – es wittert eine Chance, seinen Einfluss auszudehnen. Bereits vor dem Niger-Putsch ist Russland –erst durch die Wagner-Gruppe und jetzt durch das Afrika Korps – militärisch in Mali präsent und unterstützt die dortige Militärregierung. Mit dem Abzug der Franzosen stieg Russlands Rolle dort enorm: malische Streitkräfte operierten Seite an Seite mit russischen Kräften, ähnlich wie in der Zentralafrikanischen Republik. In Burkina Faso tauchten ebenfalls russische Instrukteure auf. Nach dem Putsch im Niger begrüßte Russland die Machtübernahme indirekt durch Aufrufe zur „friedlichen Lösung ohne westliche Einmischung“, während in Niamey pro-russische Demonstrationen mit Flaggen stattfanden.

Russland unterzeichnete mit Niger schnell eine militärische Zusammenarbeit, die die Entsendung von Ausbildern des Afrika Korps vorsah. Symbolträchtig betraten russische Militärangehörige kurz nach dem Putsch eine Luftwaffenbasis, noch während dort US-Personal anwesend war. Diese Aktion unterstrich Russlands Anspruch, nun ebenfalls Präsenz zu zeigen. Gleichzeitig bietet Russland den Sahel-Militärregierungen politische Rückendeckung: In der UN und auf internationaler Bühne blockiert oder verwässert es Resolutionen, die gegen die Militärregierungen gerichtet sind und stellt sich als Verteidiger der „Souveränität afrikanischer Staaten“ dar – im Gegensatz zum „neo-kolonialen“ Westen, so das russische Narrativ.

Allerdings steht Moskau 2025 vor einer Herausforderung: Mit dem möglichen Verlust seiner Militärbasen in Syrien durch geopolitische

Umwälzungen gerät die Versorgung der russischen Truppen in Westafrika unter Druck. Die syrischen Basen, insbesondere Tartus und Hmeimim, dienten Russland lange als logistische Knotenpunkte für die Militärpräsenz im Sahel. Ohne diese Infrastruktur wird die Versorgung russischer Militärberater, Waffenlieferungen und Nachschubtransporte in die Region erheblich komplizierter. Die russische Marine muss nun alternative Routen und Stützpunkte in Libyen oder Sudan suchen.

Russlands Gegenmaßnahmen zur US-Strategie bestehen vor allem in Propaganda und diplomatischer Einflussnahme. Russische Medien und Social-Media-Kanäle verstärken in Westafrika den Eindruck, die USA würden Afrika im Stich lassen und hätten "verloren". Kreml-nahe Akteure preisen Russland als verlässlichen Partner an, der nicht mit moralischem Zeigefinger kommt. Zudem weitet Moskau seine militärische Beratung in der Region aus. Konkret bedeutet dies vermutlich eine Zunahme russischer Waffenlieferungen (etwa Kampfhubschrauber nach Mali, Radar und Munition nach Burkina Faso) und das Angebot von Ausbildungsprogrammen für Offiziere in Russland. Das Afrika Korps bleibt ein zentrales Werkzeug Russlands: Seine Präsenz in Mali, Burkina Faso und Niger zeigt, dass Moskau bereit ist, Sicherheitsdienstleistungen als Exportgut anzubieten.

Es bleibt aber abzuwarten, ob Russland als Partner weiter gefragt sein wird, da der Wagner Einsatz in Mali die Sicherheitslage noch verschlechtert hat. Zudem will Russland mit dem Afrika Korps in Zukunft mehr Trainings anbieten und weniger klassische Kampfeinsätze. Das hängt damit zusammen, dass Russlands Verteidigungsministerium derzeit die letzten Reste der hybriden Wagner-Gruppe abwickelt. In Mali hat das Korps gerade Wagner ersetzt, und auch in der Zentralafrikanischen Republik will Russland die letzte auf dem Kontinent noch verbliebene Wagner-Operation offiziell übernehmen. Das Afrika Korps hat den Schwerpunkt auf Training und Wachschatz. In Burkina Faso und Niger ist das Engagement durch das Afrika Korps daher auch wesentlich kleiner als der noch von Wagner geprägte Einsatz

in Mali. Mit Training trifft Russland auf viel Konkurrenz wie die Türkei und wird damit für die Sahelstaaten weniger attraktiv sein. Russland wird mit Desinformation weiter behaupten, erfolgreich zu sein, aber es wird sich zeigen, ob diese Strategie bei einem geringeren Engagement des Afrika Korps aufgehen wird.

China: Abwarten, wirtschaftliche Konsolidierung und leise Sicherheitsambitionen

China verhält sich leise, doch keineswegs unbeteiligt. Peking verfolgt in Afrika primär wirtschaftliche und geopolitische Interessen. In chinesischen Staatsmedien wurde der Abzug der US-Truppen aus Niger als Zeichen amerikanischer Schwäche gedeutet. Kommentare betonten, die USA hätten „widerwillig kapituliert“. Ihr Rückzug belege, dass Washingtons Ansatz in Afrika gescheitert sei. China versucht, sich selbst als verlässlicher Partner darzustellen, der nicht plötzlich abziehe. Allerdings tritt China nicht offen als sicherheitspolitischer Akteur in Westafrika auf. Stattdessen konzentriert sich Peking auf diplomatische und ökonomische Reaktionen: China hat die Putsche (in Mali, Niger etc.) zwar bedauert, aber nie Sanktionen wie von ECOWAS gegen Niger unterstützt.

China bietet den Militärregierungen wirtschaftliche Kooperation ohne politische Bedingungen an. Tatsächlich hat Niger kurz nach der Ausweisung der Franzosen und Amerikaner betont, man wolle sich „neuen Freunden“ wie China zuwenden. Bereits jetzt ist China großer Abnehmer nigrischen Urans und Öls und investiert in Infrastruktur. Dies verschafft Peking Einfluss. Beispielsweise könnte China im Austausch für Rohstoffkonzessionen Sicherheitsausrüstung liefern (Drohnen, Fahrzeuge) oder die Polizeikooperation ausbauen.

China verfügt bereits über einen Marine-Stützpunkt in Ostafrika (Dschibuti). Es wird spekuliert, dass Peking eines Tages auch im Golf von Guinea oder an Afrikas Westküste eine Marinebasis anstreben könnte, um seine Handelswege zu sichern. Sollten die USA sich langfristig stärker zurückziehen, könnte dies

solche Pläne erleichtern – bislang scheute man den Schritt, um die USA nicht zu provozieren.

Kurzfristig reagiert China vor allem diplomatisch und positioniert sich als potenzieller Vermittler. Gleichzeitig argumentiert Peking, der westliche Anti-Terror-Einsatz habe die Grundursachen (Armut, Entwicklung) vernachlässigt, und China biete mit seiner Belt-and-Road-Initiative genau dort Unterstützung. So gesehen ist Chinas Gegenentwurf zur US-Strategie nicht militärisch, sondern ökonomisch: Während die USA Militärkooperationen umschichten, kündigte China etwa an, in Küstenländern wie Benin und Togo verstärkt zu investieren, was deren Stabilität fördern soll und natürlich Chinas Einfluss festigt.

Türkei verkauft Drohnen

Ein weiterer Gewinner des westlichen Rückzugs aus den Sahelstaaten ist die Türkei, die Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad Drohnen verkauft hat. Private türkische Sicherheitsfirmen trainieren die lokalen Armeen an den neuen Drohnen und bieten auch infanteristische Ausbildung an. Zugleich positioniert sich die Türkei als neuer Handelspartner. Türkische Baufirmen bauten ein neues Flughafen-Terminal in Niamey sowie das größte private Krankenhaus in Bamako. Turkish Airlines fliegt fast täglich in die Sahel-Hauptstädte und nutzt das Flugverbot von Air France in Mali, Niger und Burkina Faso aus. Visaerleichterungen bedeuten zudem, dass viele Menschen aus der Mittelschicht im Sahel inzwischen ihre Urlaube in der Türkei und nicht wie bisher in Frankreich verbringen.

Trump intra portas – Kommt doch alles anders?

Seit seinem Amtsantritt hat US-Präsident Donald Trump innen- wie außenpolitisch für viel Furore gesorgt. Der verstärkte Druck auf die Ukraine, Frieden mit Russland zu schließen (oder besser: zu akzeptieren) oder auch die Abschaffung des US-Entwicklungshilfedienstes USAID – mit gravierenden Folgen für humanitäre Hilfe weltweit – haben gezeigt, dass Trump nun versucht, sein Mantra „America First“ mit aller Härte durchzusetzen. In Bezug auf (West-)Afrika

hat nicht nur die Einstellung der Arbeit von USAID und weiteren Organisationen wie dem International Republican Institute (IRI) oder dem National Democratic Institute (NDI) sicherheitspolitische Implikationen für die Region. Auch die Gerüchte über eine Auflösung bzw. Umstrukturierung von AFRICOM (Africa Command) sorgen für Aufregung. AFRICOM wurde 2007 gegründet und führt die US-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent von Stuttgart aus. Die Idee, die nun in Betracht gezogen wird, ist, AFRICOM dem European Command zu unterstellen, um Bürokratie abzubauen. Es könnte Trump jedoch auch den Abzug von US-Truppen aus Afrika erleichtern.

Eine Abwicklung von AFRICOM und die Reduzierung der US-Militärpräsenz in Afrika hätten potenziell weitreichende geopolitische Folgen. Seit Jahren sichern US-Streitkräfte in Afrika strategische Interessen der USA, insbesondere im Kampf gegen Terrorismus und zur Eindämmung des Einflusses rivalisierender Mächte. Westliche Staaten verlieren im Sahel zunehmend ihren Einfluss. Lokale Regime fühlen sich weniger an westliche Partner gebunden und suchen teils nach Alternativen.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die Signalwirkung eines AFRICOM-Rückbaus: Viele afrikanische Regierungen beobachten genau, wie verlässlich Washington sein Engagement gestaltet. Ein Rückzug könnte bei Partnern Zweifel an der dauerhaften Unterstützung der USA wecken – und antidemokratische Kräfte ermutigen. Anti-westliche Stimmungen haben in Teilen der Bevölkerung ohnehin zugenommen, was in Ländern wie Mali, Burkina Faso oder Niger offen zutage trat. Die Prestigeverluste der USA und Europas in der Region sind spürbar. Diese Entwicklung illustriert die geopolitischen Konsequenzen: Der Westen büßt Einfluss und Ansehen ein, während konkurrierende Mächte und lokale Akteure an Raum gewinnen.

Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, ob die US-Neuausrichtung auf die Küstenstaaten, die bereits vor dem Amtsantritt Donald Trumps erfolgte, fortgeführt wird und

erfolgreich ist – nämlich, wenn die Küstenstaaten standfest bleiben und der Terror aus dem Sahel nicht vollständig auf sie übergreift – oder, ob der „Putschgürtel“ weitere Länder erfasst und die westlichen Partnerstrategien unterläuft. Westafrikas Sicherheit bleibt ein Schauplatz internationaler Interessen im Ringen um Stabilität, Einfluss und Ordnung in dieser strategisch wichtigen Region.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Tobias Rüttershoff

Leiter des Regionalprogramms Sicherheitspolitischer Dialog Westafrika

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de/sipodi

tobias.ruettershoff@kas.de

Ulf Laessing

Leiter Regionalprogramm Sahel

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de/sahel

ulf.laessing@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“